

Stellungnahme joiz im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens „Revision RTVG“

Neues Gebührensystem

Ein Service Public ist in einem kleinen Markt wie die Schweiz staatspolitisch notwendig. Das neue Gebührensystem erachten wir als sinnvoll. Auch ist eine Abgabe besser als eine Steuer, um die Unabhängigkeit vom Staat zu garantieren.

Ausländische Werbefenster (Art. 7)

Ausländische Programmveranstalter, die einen speziell auf die Schweiz gerichteten Transponder betreiben, um dort nur für das Schweizer Publikum Werbung auszustrahlen, sollen einen Teil dieser Werbeeinnahmen in die Schweizer Medienindustrie zurückführen, indem sie in der Schweiz hergestellte, auf den Schweizer Markt ausgerichtete Programme produzieren müssen. Diese Programme müssen einen erkennbaren redaktionellen Wert aufweisen (keine Publikumsgewinnspiele, keine Erotikprogramme, keine Mehrwertberatungssendungen etc.).

Catch-Up TV (Recorderdienste)

In der Revision fehlt eine Regelung, wie Veranstalter wie Zattoo, Wilma, Sunrise, Blick TV etc. der Zugriff auf Sendungen anderer Veranstalter gestattet sein soll, respektive, wie deren Rechte entschädigt werden sollen.

„Must-Carry“- Sender und Zuführungskosten

Aufgenommen in die Revision des RTVG sollte eine Regelung bezüglich Zuführungskosten für „Must-Carry“-Sender. Zur Zeit besteht keine gesetzliche Definition oder Regelung. Das RTVG verwendet nur den Begriff „Verbreitung“, nicht „Zuführung“. Art. 60 Abs. 1 RTVG spricht von kostenloser „Verbreitung“. Bei den Zuführungskosten ist zudem kein Zahlen-

material öffentlich verfügbar. Ausländische „Must-Carry“-Programme tragen keine Zuführungskosten.

Das „Must-Carry“-Privileg ist kostenintensiv und widerspricht so dem Gesetzeszweck der Privilegierung. Es gibt keine Gleichbehandlung mit ausländischen „Must-Carry“-Veranstaltern (eine Konsequenz daraus wäre beispielsweise, den Sitz von joiz ins Fürstentum Liechtenstein zu verlegen).

Klare gesetzliche Regeln bezüglich Zuführung sind wünschenswert - einschliesslich der Verpflichtung der Kabelnetzbetreiber zur Kostentransparenz, damit keine Phantasiepreise mehr entstehen können.

Zürich, 28. August 2012
Kurt Schaad
Verwaltungsratspräsident joiz AG